

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Warnierende Gerüchte!

Kehrt Papen wieder? — Noch keine Entscheidung

Die für heute vormittag von dem Reichswehrminister vorgesehene Besprechung mit den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Straßer und Fric ist im letzten Augenblick von den Nationalsozialisten abgefragt worden. Das ist gleichbedeutend damit, daß die Hoffnungen des Generals v. Schleicher auf eine Unterstützung der Waffenstillstandsdeklaration durch die Nationalsozialisten sich als irrig erwiesen haben.

Plötzlich ist Papen wieder aus der Verfenkung aufgetaucht. Man rechnet damit, daß er noch heute den Auftrag erhält, ein Kampfkabinett gegen den Reichstag zu bilden. Dies Kampfkabinett soll den Reichstag sofort nach seiner Konstituierung mit Hilfe des Artikels 48 bis auf weiteres verlagern. Das wäre offener Verfassungsbruch!

In der Umgebung des Reichspräsidenten rechnet man für heute ebenfalls mit der Wiederernennung des Herrn v. Papen zum Reichskanzler. Man erklärt hier jedoch, daß darüber, ob der Reichstag auf Grund des Artikels 48 verlagert werden solle oder nicht, noch keineswegs eine Entscheidung gefallen ist.

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß man nicht den Zusammenritt des Reichstages auf Grund des Artikels 48 hinauszögern würde, da die konstituierende Versammlung des Reichstages eine Maß-Vorschrift der Reichsverfassung ist. Vielmehr würde es dann wahrscheinlich wieder zu einer Auflösung des Reichstages kommen. Für diesen Fall allerdings bestehen Erwägungen, ob nicht angesichts des „Nostandes“ die Neuwahlen um einige Zeit verschoben werden können. Auch das wäre Verfassungsbruch!

Kombinationen um das neue Kabinett

Die neue Regierung Papen dürfte eine wesentlich andere Zusammenfassung aufweisen als das erste Kabinett Papen. Es ist damit zu rechnen, daß der Reichsinnenminister, der Reichsernährungsminister und der Reichswirtschaftsminister der zweiten Regierung Papen nicht mehr angehören werden.

Als Innenminister der zweiten Regierung Papen wird der gegenwärtige stellvertretende Reichskommissar von Preußen Bracht genannt. Bracht soll zugleich das preussische Ministerium des Innern verwalten. Der Kampfcharakter der zweiten Regierung Papen würde damit noch ausgeprägter zutage treten!

Noch eine Fühlungnahme mit Hitler?

Hitler wird heute nachmittags in Berlin ankommen, um eine Unterredung mit Schleicher zu führen. Erst nach dieser Unterredung wird eine Entschliebung erwartet.

Große Hoffnungen auf die Unterredung mit Hitler hat man in politischen Kreisen allerdings nicht.

und man rechnet allgemein damit, daß morgen Reichskanzler von Papen erneut mit der Regierungsbildung beauftragt wird.

da man die Autorität Schleichers als Reichswehrminister in Hinblick auf die Möglichkeiten ersterer Ereignisse des kommenden Winters nicht unnötig belasten will dadurch, daß man ihn auch zum Kanzler macht.

Nationalsozialisten gegen Tolerierung Schleichers

München, 29. November.

Unter der Überschrift „Die NSDAP. wird ein Kabinett Schleicher nicht tolerieren“ bringt der „Völkische Beobachter“ an

der Spitze des Blattes einen Artikel, worin es heißt:

„Unsere Stellung zu einem eventuellen Reichskanzler von Schleicher ist so eindeutig wie möglich. Die NSDAP. wird ein Kabinett Schleicher ebenso wenig tolerieren wie das Unheil-Kabinett von Papen. Die Gründe sind die gleichen. Man kann nicht eine kleine Clique Diktatur über Deutschland spielen lassen. Ein Ausnahmezustand gegen den Nationalsozialismus wäre eine Herausforderung der gesamten Nation. Ein Kanzler, der das täte, würde sich außerhalb der Verfassung stellen, selbst illegal werden.“

Heute noch nicht!

Zu den Mitteilungen über die Wiederbetraung Papens wird von zuständiger Seite erklärt: Es ist richtig, daß die Unterredung des Reichswehrministers mit den Abgeordneten Straßer und Fric nicht erfolgt ist. Die Besprechungen des Reichswehrministers gehen jedoch programmäßig weiter. Ihre Aussichten sind noch nicht abzusehen. Jedenfalls ist es in keiner Weise richtig, daß die Entscheidung für ein Kabinett Papen schon gefallen wäre. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß heute noch keine Entscheidung getroffen wird.

Papen drückt die Kurse Börsenrückschlag wegen des Kampfkabinetts

Die seit Tagen anhaltende freundliche Grundtendenz an der Berliner Börse erlitt heute auf die Nachrichten über die Bildung eines Kampfkabinetts unter Führung eines Reichskanzlers von Papen einen scharfen Rückschlag. Die

Finanzwelt fürchtet nicht mit Unrecht schwierige Konflikte und Verwicklungen zwischen Volksvertretung und Kabinett.

Bei äußerst kleinem Geschäft sanken die Kurse auf dem Rentenmarkt im Durchschnitt um 1/2 Prozent. Von den führenden Aktienwerten war Siemens mit 118 gegen 120 scharfer gedrückt. Auch IG Farben lagen mit 94 1/2 sehr matt. Die Stimmung verschlechterte sich noch durch das weitere Abgleiten des Pfundkurses, der gegen 1/2 Uhr auf 13,43 Mark geschätzt wurde. Die amtliche Notiz wird erst später festgestellt, jedoch glaubt man, daß diese infolge ungünstiger New-Yorker Meldungen noch tiefer liegt. Der englische Schilling, der unter dem Goldstandard 1 Mark entsprach, ist damit bis auf 65,9 Goldpfennige gefallen.

Sturm in den Betrieben! Gewaltige Erregung in der ganzen Stadt

Die Nachricht, daß eine Wiederbeauftragung des Herrn von Papen bevorsteht, hat heute mittags in Berlin ungeheure Bewegung hervorgerufen. Unsere Redaktion wurde telefonisch mit Anfragen bestürmt, ob diese unerhörte Nachricht richtig sei. Namentlich aus den Betrieben wurde bei uns angefragt mit dem Hinweis darauf, daß diese Nachricht, die sich sofort auch in den Betrieben herumgesprochen hat, ungeheure Erregung bei der Arbeiterschaft ausgelöst haben. Von allen Seiten wurde versichert, daß eine Wiederbeauftragung Papens als schwerste Provokation der Arbeiterschaft empfunden werden würde!

Keine Schuldenstreichung

Führender USA.-Senator dagegen

Washington, 29. November.

Der demokratische Senator Harrison, der Vorsitzender des Finanzausschusses des neuen Bundeskongresses sein wird, führte im Rundfunk aus: Die gesamten Schulden Amerikas, Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens betragen etwa 65 Milliarden Dollar. Zieht man hiervon die Vorkriegsschulden ab, so verbleiben etwa 54 Milliarden aus der Kriegs- und Nachkriegszeit. Deutschlands Anteil daran beträgt etwa 1 Proz., der Frankreichs 8 Proz., Italiens 2 Proz., Amerikas 39 Proz. und Englands 50 Proz.

Das Ergebnis völliger Streichung der Kriegs- und Nachkriegsschulden wäre phantastisch. Deutschland würde, weil fast schuldenfrei, einer der hauptsächlichsten Konkurrenten der Welt sein.

und man müßte auch mit Frankreich und Italien rechnen. Die amerikanische Regierung habe die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die amerikanische Jugend nicht zum Sklaven gemacht werde. Man muß die Möglichkeit untersuchen, die englischen Zahlungen in gewissen Rohstoffen, wie Gummi, usw. zu leisten, bevor man eine Schuldenstreichung genehmigt. Es werde schwer sein, das amerikanische Volk davon zu überzeugen, daß es bei Goldzahlungen besser daran wäre.

Zu diesen Erklärungen des Senators Harrison ist zu bemerken, daß selbst durch eine

Streichung der amerikanischen Nachkriegsschulden Deutschland noch lange nicht schuldenfrei gemacht würde. Der Baseler Sachverständigenausschuß hat noch im Dezember 1931 ausdrücklich festgestellt, daß von den amerikanischen Krediten 10,3 Milliarden Mark als Reparationszahlung wieder hinausgegangen sind. Deutschland hat also auch in Zukunft eine mindestens versteckte politische Schuld zu tragen. Dazukommt auch noch der Vertrag von Lausanne. Außerdem sind für die Konkurrenzfähigkeit einer Volkswirtschaft nicht nur die politischen und sonstigen Schulden maßgebend, sondern ihre Kraft überhaupt. Da aber kann gar keine Rede davon sein, daß Deutschland gegenüber allen anderen Ländern als der stärkste Konkurrent auftreten könnte.

Pfund-Schutz

London, 29. November.

3 Millionen Pfund in Gold sollen von London nach Amerika verschifft worden sein. Es wurde hieraus der überstürzte Schluß gezogen, daß sich die englische Regierung der Kriegsschulden an Amerika — und zwar in Gold — entschlossen habe und diese Sendung die erste Rate sei. Eine endgültige Erklärung über den Charakter der Goldsendung war nicht erhältlich. Man glaubt, daß sie für die Zentralbank eines europäischen Landes ausgeführt wurde.

„Daily Telegraph“ zufolge sei es möglich, daß die Goldsendung aus Gründen der Vorsicht und Vorbereitung erfolgt sei.

Papen nicht!

Eine Warnung in entscheidender Stunde

Es heißt, daß die Wiederernennung des Herrn von Papen zum Reichskanzler unmittelbar bevorsteht.

Im Namen der Sozialdemokratischen Partei erheben wir gegen diesen Plan in letzter Stunde den entschiedensten Einspruch und sprechen die schärfste Warnung aus.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten mit ihrer ganzen Kraft für die Erhaltung des deutschen Staatswesens eingesetzt. Die Opfer, die sie gebracht hat, geben ihr das Recht, in diesem Augenblick, der über das Schicksal des deutschen Volkes entscheidet, die deutlichste Sprache zu führen.

Es darf nicht sein, daß Deutschland durch Mangel an politischem Sinn, durch störrischen Eigensinn und Verblendung noch einmal in den Abgrund gestoßen wird!

Papens Wiederernennung wäre eine Kriegserklärung an das deutsche Volk, eine Kriegserklärung gegen die Reichsverfassung, deren Wortlaut und Sinn nicht zuläßt, daß ein zweimal vom Volk verurteilter Reichskanzler im Amt bleibt.

Die innerpolitische Situation ist schwierig, gewiß! Aber wer die Geschichte einigermaßen kennt, der weiß, daß staatsmännisches Geschick auch schon mit schwierigeren Dingen fertig geworden ist. Ja, wer nur das ABC der Politik beherrscht, der wird bedenken, daß man in solchen Lagen wenigstens den guten Willen zeigen muß, einer Katastrophe aus dem Wege zu gehen und daß man nicht geradewegs in sie hineingehen darf.

Es mag sein, daß der nächste Kanzler, auch wenn er nicht Papen heißt, scheitern wird, und gewiß wird er mit der Opposition der Sozialdemokratischen Partei zu rechnen haben. Diese Opposition wird um so schärfer sein, je mehr der neue Mann die Neigung zeigen wird, den Papen-Kurs fortzusetzen. Auch in anderen politischen Lagern wird der Nachfolger Papens auf scharfe Gegnerschaft stoßen.

Aber Opposition ist eine normale Funktion des politischen Lebens, und politische Gegensätze sind noch keine Gefahr für die Existenz der Nation. Das werden sie erst, wenn sie durch eine unverantwortliche Politik der Herausforderung bis zu einer Schärfe gesteigert werden, die eine Entladung unvermeidlich macht.

Als eine solche Politik der Herausforderung und des Hinsteuerns auf eine Katastrophe, die bei einem Minimum politischer Einsicht und guten Willens zu vermeiden wäre, wird die Sozialdemokratische Partei die Wiederernennung Papens zum Reichskanzler betrachten müssen.

Interessenten und Intriganten werden dem Reichspräsidenten einzureden versuchen, daß er solchen berechtigten Warnungen sein Ohr verschließen müsse, weil er einer „Pression“ nicht weichen dürfe. Das ist ja immer die Sprache aller Kriegsheer gewesen, der Weltkriegsheer wie der Bürgerkriegsheer. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg ist aber nicht zum Präsidenten der deutschen Republik gewählt wor-

